

# Eingliederung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in den faschistischen Staatsapparat

## Sie rühmen sich ihrer „Beziehungen“ zur Schleicher-Regierung — Rechnet ab bei den Betriebsräte- und Ortsverwaltungswahlen

Seit Monaten haben wir die Bemühungen der Gewerkschaftsführer zur Eingliederung der Gewerkschaftsorganisationen in den faschistischen Staatsapparat vor den Gewerkschaftsmitgliedern entlarvt. Schritt für Schritt haben wir die Stappen dieses Weges aufgezeigt. Bei den Gewerkschaftsmitgliedern beginnt sich ein Sturm der Empörung gegen diese faschistische Politik Leiparts und der übrigen NSDAP-Führer zu entfalten. Zahlreiche Protestbeschlüsse von Gewerkschaftsversammlungen und Organisationsaktionen, die den Ausschluß Leiparts aus dem NSDAP fordern, liegen vor. Aber Leipart und seine Verbündeten sind gewillt, entgegen dem Willen der großen Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder, ihren Weg weiter zu gehen.

Mit zynischer Offenheit bekennend das Clemens Kämpel in seinem neuesten Artikel „Selbständige Gewerkschaften oder parteipolitische Apparatorganisationen“ in Nr. 52 der „Gewerkschaftszeitung“, des offiziellen Organs des NSDAP-Vorstandes. Es ist nicht von ungefähr, daß es am Ende dieses Artikels heißt:

„Auf die Frage: Was tun die Gewerkschaften? Können diese stets nur antworten, daß sie die ihnen im Staatsleben zugewiesenen Aufgaben ununterbrochen nach bester Möglichkeit zu erfüllen suchen.“

Damit sprechen die Gewerkschaftsführer offen aus, daß sie es als ihre Aufgabe ansehen, jene Funktionen zu erfüllen, die ihnen vom faschistischen Staatsapparat, die ihnen gegenwärtig von der Schleicher-Regierung zugewiesen werden. In einer anderen Stelle des gleichen Artikels wird noch deutlicher ausgesprochen, daß nach der Auffassung der Gewerkschaftsführer es die höchste Aufgabe der Gewerkschaften ist, das beste Einverständnis mit der faschistischen Regierung herzustellen. Es heißt dort:

„Wenn gegenwärtig politische Parteien der Reichsregierung in schärfster Opposition gegenüberstehen, wenn sie dieser Regierung jedes Vertrauen entziehen, wenn sie alles tun, um diese Regierung zu stürzen, so erfüllen sie den Sinn einer politischen Partei. Es ist aber vollkommen ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften in der Lage wären, derartige Aufgaben zu erfüllen. Zu jeder Regierung haben die Gewerkschaften Beziehungen aufzunehmen.“

Die Schleicher-Regierung verachtet der Arbeiterschaft die wichtigsten Lebensmittel. Die Schleicher-Regierung verachtet die faschistische Unterdrückung der Arbeiterschaft. Die Schleicher-Regierung pfeift auf die Forderungen der Erwerbslosen und der Betriebsarbeiter. Die Schleicher-Regierung bemüht sich, eine breitere Front für die Durchführung der Lohnraubpläne der Unternehmer zu gewinnen. Die Schleicher-Regierung nimmt verschärften Kurs auf die Organisierung der faschistischen Arbeitsdienstpflicht. Über die Gewerkschaftsführer erklären, der Kampf gegen diese Regierung gehöre nicht zu den Aufgaben der Gewerkschaften. Deren Aufgabe sei es vielmehr, zu dieser Regierung der faschistischen Diktatur die besten Beziehungen zu unterhalten.

Das bedeutet Fortsetzung der Isolierung- und Burgfriedenspolitik, die am 20. Juli den faschistischen Staatsstreik der NSDAP-Regierung in Bremen ermöglicht hat. Das bedeutet schließlich Fortsetzung der Streikbruchpolitik. Denn, wer zur faschistischen Regierung die besten Beziehungen unterhält, der muß auch bestrebt sein, diese vor den Erschütterungen großer Streikämpfe zu bewahren.

Die breite Empörung bei den Gewerkschaftsmitgliedern und die bevorstehenden Ortsverwaltungswahlen zwingen endlich auch den „Vorwärts“ zu den von uns aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Aber es ist bezeichnend, daß er in dem Artikel „Neues Kesseltreiben“ in seiner gestrigen Morgenausgabe sich nicht an die Gewerkschaftsmitglieder, sondern an die Unorganisierten wendet. Der ganze Artikel des „Vorwärts“ zeigt das Bestreben der Gewerkschaftsführer, der Auseinandersetzung in den Gewerkschaftsversammlungen aus dem Wege zu gehen und sie zu einer Disziplin zwischen den Gewerkschaftsmitgliedern und den Unorganisierten zu machen.

Die oppositionellen Gewerkschafter denken nicht daran, ihnen diesen Gefallen zu tun. Sie werden in den gewerkschaftlichen Versammlungen und in den Betriebsversammlungen nicht locker lassen. Es gibt für sie keinen Burgfrieden mit den Freunden Schleichers. Denn dazu sind die Probleme der Gewerkschaftspolitik im gegenwärtigen Stadium der faschistischen Diktatur zu ernst und zu branntend für jeden Gewerkschaftskollegen. Die große Masse der Gewerkschaftsmitglieder hat begriffen, daß die Gewerkschaftsversammlungen das Hauptforum sind, vor dem diese Auseinandersetzungen ausgetragen werden müssen, und daß gerade die bevorstehenden Ortsverwaltungswahlen die entscheidende Gelegenheit bieten, mit der Leipart-Politik abzurechnen.

## „Windbeutelereien“

Als „Windbeutelereien“ bezeichnet der „Vorwärts“ unsere Feststellungen über die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Es sei nicht wahr, daß die Leipart und Genossen mit Schleicher und Straker im Bunde seien.

Niemand wagt aber zu bestreiten, daß Leipart erklärt hat, die Gewerkschaftsführer hätten Schleicher in seiner politischen Vergangenheit nichts vorzuwerfen. Niemand wagt zu bestreiten, daß die „Presseberichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes“ für eine Kampfpause gegenüber der Regierung Schleicher eingetreten sind. Niemand wagt zu bestreiten, daß die NSDAP-Führer den Naziabgeordneten Straker zu einer Beteiligung der Bundeskammer freundlich bewillkommen haben. Niemand wird schließlich bestreiten können, daß man eine solche Politik nur durchführt gegenüber Leuten, mit denen man im unersöhnlichen Kampfe steht.

Was meint ihr Gewerkschaftskollegen wohl, was geschähe würde, wenn Herr Straker das Ansehen an uns richten würde, eine Schule der NSDAP zu „besichtigen“? Der Organisator der faschistischen Streikbruchpolitik würde im großen Bogen an die Luft geblasen werden!

Es sei nicht wahr, so schreibt der „Vorwärts“, daß die Gewerkschaftsführer dem Reichsarbeitsminister der NSDAP-Regierung Vorschläge gemacht hätten, wie man den Lohnraub mit geschickteren Methoden durchführen könne. Allen Gewerkschaftskollegen ist aber noch in Erinnerung, daß die Gewerkschaftsführer Anfang Oktober Geheimverhandlungen mit dem damaligen Reichsarbeitsminister Schaeffer durchgeführt haben. Auf die Frage nach dem Inhalt und dem Ergebnis dieser Geheimverhandlungen haben sie beharrlich geschwiegen. Das „12-Uhr-Blatt“ vom 12. Oktober berichtet über das Ergebnis dieser Verhandlungen:

„Im Einverständnis mit den Gewerkschaften steht das Reichsarbeitsministerium auf dem Standpunkt, daß ein weiteres Eingreifen der Vermittlungsinstanzen notwendig ist, um Streiks zu vermeiden.“

Lohnraub unter Einschaltung der Schlichtungsinstanzen und der Gewerkschaftsführer, das war es also, was die NSDAP-Führer mit der NSDAP-Regierung vereinbart haben. Und das ist eben auch die Methode, die jetzt von der Schleicher-Regierung durchgeführt werden soll.

Der „Vorwärts“ bezeichnet uns als „Gewerkschaftsfeinde“, weil wir die Frage des Kampfes gegen die Schleicher-Diktatur, die zugleich eine Frage des Kampfes gegen die Verbündeten Schleichers in den Gewerkschaftsorganisationen ist, auf die Tagesordnung stellen. Die Gewerkschaftsmitglieder selbst müssen darüber entscheiden, ob diejenigen ihre Feinde sind, die den Kampf gegen den Lohnraub, den Kampf gegen Hunger und Frost, den Kampf um die Zurückeroberung der geraubten Löhne wollen, oder ob nicht vielmehr diejenigen ihre Feinde sind, die diesen Kampf hemmen und sabotieren, die die Politik der Eingliederung der Gewerkschaftsorganisationen in den faschistischen Staatsapparat betreiben, die sich sogar ihrer guten Beziehungen zur faschistischen Regierung rühmen.

Das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, „Der Textilarbeiter“, schreibt in seiner Nr. 53:

# Filmarbeiter rüsten zum Kampf

## Berkapptes Krümpersystem in der Filmindustrie — Ein Aufruf der Josa-Belegenschaft

Die Unternehmer der Filmindustrie führen einen erneuten Vorstoß gegen die Arbeiter mit einer neuen Arbeitszeitverrechnung, welche sie gemeinsam mit den Gewerkschaften als Wupperarbeitszeitverordnung bezeichneten.

Wie die Belegenschaft hierüber denken, zeigt eine Betriebsversammlung der Josa-Belegenschaft, wo eine ganze Reihe Gewerkschaftsbürokraten aufmarschierte: Pflüch (NSDAP), Lutter (Gesamtverband), Döten (FV), und noch ein anderer. Sie bekamen eine derbe Abfuhr. Lutter, der Knecht, kam kaum zu Worte, denn die Filmarbeiter kennen diesen Heiden zu gut.

In einer erneuten Betriebsversammlung stellte sich die Belegenschaft auf den Standpunkt der Beseitigung der Heberkündungen. Wenn mehr Arbeit geschafft werden soll, fordern wir Einstellung von erwerbslosen Kollegen. Nicht die Einführung eines verküppelten Krümpersystems, bei dem Staat und Unternehmer Vorteile haben und die Erwerbslosen den Schaden, sondern der Kampf um die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich muß die Aufgabe der Arbeiter sein. Der Kampf geht um die Zurückeroberung des Lohnes vor der 1. Notverordnung. Um diese Forderungen muß der Kampf aller Betriebe gehen.

Folgender Aufruf wurde beschlossen:  
„Neue Angriffe drohen der Filmarbeiterschaft. Die Unter-

„Trotzdem müssen wir weiter zum Sammeln rufen, um mit noch größeren Kräften im neuen Jahr für die Verteidigung der Rechte der Arbeiterschaft wirken zu können... Vergessen wir nicht, den breiten Arbeitermassen immer wieder einzuhämmern, daß nur durch die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft die Reaktion besiegt werden kann.“

Das sind Worte, die von der praktischen Politik der Gewerkschaftsführer nicht ablenken können. Die Gewerkschaftsmitglieder haben es satt, sich mit Phrasen abgeben zu lassen. Sie stellen den Kampf gegen jeden weiteren Pflüch-Lohnraub, den Kampf um die Zurückeroberung der geraubten Löhne in jedem Betrieb und in jeder Gewerkschaft auf die Tagesordnung. Und bei der Organisierung dieses Kampfes muß Klarheit bekannt werden. Die Gewerkschaftsführer wollen diesen Kampf nicht. Das beweist der Artikel in der gestrigen Morgenausgabe des „Vorwärts“, der den Nachweis zu führen versucht, daß es doch schließlich nicht Aufgabe der Gewerkschaften sei, ihre Mitglieder immer wieder in den Streit zu treiben.

Wer sich gegen den Streik, die scharfe Waffe der Arbeiterschaft, wendet, der wendet sich damit gegen die „Einigkeit und Geschlossenheit“ der Arbeiterschaft im Kampf gegen die kapitalistische Offensivfront, gegen die faschistische Reaktion. Wir aber wollen die Einheit der Arbeiterklasse in diesem Kampf.

Deshalb kämpfen wir bei den Ortsverwaltungswahlen um die Beseitigung der Anhänger der Gewerkschaftsbürokratie aus ihren Funktionen. Deshalb treten wir bei den Betriebsrätewahlen für Einheitslisten auf dem Boden des Kampfes gegen die Schleicher-Politik, auf dem Boden des Kampfes für die Zurückeroberung der geraubten Löhne ein. Deshalb mobilisieren wir die Massen der Gewerkschaftsmitglieder für diese unsere Einheitsfrontpolitik, um so die Voraussetzungen zu schaffen, daß die Arbeiterklasse ihre geschlossene Kampftruppe erfolgreich einsetzen kann.

# Mahregelungen bei Wächinger und bei Wittler

## Verteidigt eure roten Betriebsräte!

Die Firma Wächinger hat gegen einen roten Arbeiterrat Klage auf Amtsenthebung erhoben, weil er während der Tarifbewegung die Belegenschaft der 30. Bierquelle zum Streik aufgerufen habe.

Das zeigt die Furcht der Wächinger-Gesellschaft, die Belegenschaft könnte durch gemeinsamen Kampf die Abbaumassnahmen durchkreuzen. Dreimal haben die Kollegen den Lohnabbau hingegenommen. Aber bei der letzten Tarifbewegung zeigte sich bereits, daß der Wille zum Kampf gewachsen ist. Diesmal ist es der Gewerkschaftsbürokratie noch gelungen, durch Spaltung der Belegenschaft, den Streik zu verhindern. Jetzt soll durch das Vorgehen des Unternehmers gegen die roten Betriebsräte die Belegenschaft unter Druck gesetzt werden.

Der Geschäftsführer Pöhl, der den roten Arbeiterrat denunziert hat, will vier Kollegen aus der 30. Quelle zur Zeugenaussage gegen ihren Kollegen mißbrauchen. Der Vertreter der Firma und das Arbeitsgericht werden alle Methoden anwenden, um aus den vier Kollegen etwas Belastendes gegen den roten Arbeiterrat herauszuholen.

Wir sind jedoch gewiß, daß sich die Kollegen nicht zu Spitzeldiensten für die Direktion hergeben werden, denn sie würden sich damit gegen die Interessen der gesamten Belegenschaft stellen. Aufgabe der gesamten Wächinger-Belegenschaft aber ist es, sofort den Kampf für den Schutz ihrer roten Betriebsräte aufzunehmen.

Unschuldig hält auch die Brotfabrik Wittler Mahregelungen von Arbeitern, genau wie Wächinger, für die beste Methode der Kundenwerbung unter der Arbeiterschaft. Der Schwarztriebsbeschädigte Buhliß wurde fruchtlos entlassen. Als er vor einigen Tagen in den Betrieb kam, wurde er wie ein Verbrecher durchsucht, angeblich, um den „Wittler-Proleten“ bei ihm zu finden.

nehmer wollen den Manteltarif verschlechtern; wenn sie dies schaffen, wird neuer Lohnabbau folgen. Seit langem kühnhandelt das Arbeitnehmer-Lohnkartell hinter unserem Rücken. Niemand, außer wir Filmarbeiter selbst, hat ein Recht, über unsere Arbeitsbedingungen zu bestimmen.

Ungeheuer oft wurde die Arbeiterschaft von den Gewerkschaftsführern übers Ohr gehauen. Nicht zuletzt haben wir Filmarbeiter dies gespürt. Darum rufen wir die Berliner Filmarbeiterschaft zu einer Vollversammlung der Filmarbeiterschaft auf der Arbeiterbetriebe auf.

Gleich ob organisiert oder unorganisiert, ob SPD oder KPD, alle müssen wir zusammenstehen in einer Front. Besinnen wir uns auf unsere Kraft!

Denkt an den Ausspruch des „Arbeitgeber“-Syndikus Pflüch: „Ich warne vor einem Lohnabbau bei den Filmarbeitern, denken Sie an den Kampf von 1927!“

Schafft schon jetzt in den Betrieben einheitliche Kampfausschüsse! Auf zur Vollversammlung aller Filmarbeiter am 8. Januar 1933! Schafft einen zentralen Kampfausschuss, in dem alle Ateliers vertreten sind!

Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau des gegenwärtig bestehenden Lohnes sowie jede Verschlechterung!

Man fand in Wirklichkeit ein gewerkschaftliches Mitteilungsblatt, das genügt zu seiner fruchtlosen Entlassung.

Die neuen Terrormassnahmen der Unternehmer in den Betrieben müssen ein Appell an alle Belegenschaften sein, mit ganzer Kraft den Kampf gegen jede Mahregelung aufzunehmen. So wie die Arbeiter in Solingen in den Streik getreten sind, um die Mahregelung eines roten Arbeiterrates zu verhindern, so wie die Kfz-Arbeiter in Selchow durch passive Resistenz die Anerkennung der Obleute durchgesetzt haben, so muß in jedem Betrieb der Kampf um den Schutz der roten Betriebsfunktionäre aufgenommen werden.

## „Vorwärts“ gegen Eisenbahnerkämpfe

„Ämlich“ zitiert der „Vorwärts“ vom 22. Dezember den Beschluß unseres Bezirksparteitages, der von der Notwendigkeit der Organisierung der Teilkämpfe bei den Eisenbahnern zur Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen spricht. Wir sind dem „Vorwärts“ dankbar dafür, daß er den entscheidenden Teil dieser Beschlüsse abdruckt. Dadurch haben die sozialdemokratischen Eisenbahner Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, mit welchem Ernst die kommunistische Partei und die NSD, die Organisierung ihres Kampfes behandeln.

Der „Vorwärts“ knüpfte daran die Schlußbemerkung: „Der Verband wird durch seine Organisationsinstanzen und Funktionäre dafür Sorge tragen, daß die Bestrebungen der KPD, die Gewerkschaften der Eisenbahner auszuhöheln, vereitelt werden.“

Jetzt wissen es die Eisenbahner wenigstens: Nach den Auffassungen der sozialdemokratischen Führer heißt nicht etwa derjenige die Gewerkschaften aus, der sich gegen Kämpfe der Arbeiterschaft wendet, sondern derjenige, der alle Kräfte daransetzt, um diese Kämpfe zu organisieren. Die Mehrzahl der Gewerkschaftskollegen dürfte allerdings anderer Auffassung sein. Sie werden gemeinsam mit der KPD und der NSD, alle Kräfte daransetzen, um Kämpfe zur Verbesserung ihrer standalösen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu organisieren. Sie werden bei den Ortsverwaltungswahlen sich für die Wahl oppositioneller Kandidaten einsetzen, die bereit sind, diesen Kampf nach besten Kräften zu fördern.